

*Gerald Reiter*

Ständig wird uns gesagt, die Pensionen seien nicht mehr finanzierbar, insbesondere aus Gründen der Bevölkerungsentwicklung und der enormen finanziellen Belastung des Budgets.

Wie leicht oder wie schwer das Ansteigen der Gesamtbelastung stattfindet, ergibt sich zum einen aus der Erwerbsquote (dem Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung), zum anderen aus der Entwicklung des Volkseinkommens (dem Wert der in einem Jahr erzeugten Güter und Dienstleistungen).

Diese Kriterien spricht auch Norbert Blüm, langjähriger CDU-Sozialminister, an, wenn er meint: „Es kommt nicht wirklich auf das Verhältnis Alte - Junge an: Eigentlich müssten wir nach der Kopfhahltheorie verhungert sein, weil 1900 ein Bauer drei Konsumenten ernährt hat, heute aber auf einen Landwirt über achtzig Verbraucher kommen.“

Nicht so plakativ, aber ebenso deutlich waren die Ergebnisse der österreichischen Pensionsreformkommission. Deren Gutachten geht davon aus, dass im Jahr 2000 3,7 Millionen Erwerbspersonen ein Volkseinkommen von über 200.000 Millionen Euro erwirtschaftet haben. Der Pensionsaufwand betrug demnach 10,5 % des Volkseinkommens (BIP). 2030 werden 3,97 Millionen Erwerbspersonen etwa das Doppelte erwirtschaften, der Pensionsaufwand wird 12,3 % des BIP betragen. 2050 werden etwas über 4 Millionen Erwerbspersonen in etwa 600.000 Millionen Euro erwirtschaften, der Pensionsaufwand wird 11,5 % des BIP betragen.

Die Pensionskürzungen der letzten Jahre sind damit eher als ein Bestreben einer Umverteilung nach oben zu werten als eine wirkliche Sorge um die zukünftige Finanzierbarkeit eines wohlverdienten Ruhestands für die arbeitenden Menschen im Land.